westlichen Straßenseite. Bei Var. A. ergeben sich 5 Stellplätze weniger, bei Var. B ein Stellplatz mehr als im jetzigen Zustand. Allerdings wird sich die Anzahl der Alleebäume halbieren müssen, wenn die Anzahl der Parkflächen erhalten werden soll. Die Fahrbahn wird asphaltiert, während die Parkplätze und Gehwege gepflastert werden.

Aber das sind bisher alles erst Vorentwürfe, noch keine konkreten Planungen. Es gibt noch keine Beschlüsse über eine Variante, über den Baubeginn oder die Finanzierung. Das ist auch so gewollt, um vorab möglichst viele Bürger an der Ausreifung der Ideen mitwirken lassen zu können.

**Viele Fragen müssen noch mit den Einwohnern Neuenhagens und der Mittelbereichsgemeinden diskutiert werden.**

So z. B. welche Variante die Mehrheit favorisieren würde. Oder gibt es grundlegende Änderungsvorschläge? Reicht das Parkplatzangebot der favorisierten Variante aus? Können und sollten wir auf die Hälfte der Alleebäume verzichten?

Mit den Anwohnern und Gewerbeinhabern müssen Fragen zum Bauablauf geklärt werden, um Einnahmeeinbußen zu minimieren.

**Z.B.: zu welchen Jahreszeiten (z. B. Sommerferien, Vorweihnachtszeit, ...) sollten keine Bauarbeiten stattfinden, die zu einer Sperrung der Straße führen. Wie sollte der Bauablauf tageszeitlich organisiert werden? Ist eine längerfristige halbseitige Sperrung günstiger als eine abschnittsweise kürzere Vollsperrung?**

*Dr. Angela Schlutow*

## Herzlichen Glückwunsch

der langjährigen, kreativen und streitbaren Orts- und Fraktionsvorsitzenden der PDS/DIE LINKE in Neuenhagen Larisa Schippel zu ihrer Berufung als Professorin für Transkulturelle Kommunikation am Zentrum für Translationswissenschaft der Universität Wien.

Ab Oktober 2010 verlagert sich ihr Arbeitsschwerpunkt von Berlin nach Wien. Gut zu wissen, dass sie ihrer politischen Heimat treu bleibt.

**Impressum:** V.i.S.d.P. Felix Kaminski, Hönower Chaussee 4, 15366 Neuenhagen, Auflage 2500 Stück

# Ansichten - Aussichten

Positionen zur Neuenhagener Kommunalpolitik

September / 2010
www.dielinke-neuenhagen.de

## Vor 20 Jahren - Gedankensplitter mit Augenzwinkern

20 Jahre Kommunalpolitik in Neuenhagen sind vollgestopft mit hunderten von Sitzungen und Beschlüssen, unzähligen Abgeordneten, zwei Bürgermeistern, einer rotierenden Verwaltung, Goldgräberstimmung und Freischwimmen, gesteuert vom Willen der Neuenhagener Wähler.

Aus meiner eingeengten Sichtweise erlaube ich mir an dieser Stelle persönliche Erinnerungsfragmente zu offenbaren.

Am 17. Mai 1990 erhielten Städte und Gemeinden in der DDR nach 58 Jahren ihre Selbstverwaltung zurück, und in der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung Neuenhagen wird Klaus Ahrens (mit Hilfe unserer Fraktion) zum Bürgermeister gewählt.

Eine aufregende Zeit beginnt, gespickt mit dramatischen als auch komischen Ereignissen und Menschen, die eine neue Orientierung suchen.

Das Fähnlein der fünf Aufrechten, Dr. Klaus Biedka, Bernhard Maul, Detlef Militz, Dr. Larisa Schippel und Joachim Werner, sitzen als PDS-Fraktion auf den hinteren Bänken in der Gemeindevertretung.

Das damals vorherrschende Demokratieverständnis schlug uns gleich in den ersten Sitzungen um die Ohren als nach kritischen Äußerungen unserer Fraktion die Antwort des „Regierungsblockes“ lautete: „...Ihr habt jetzt nichts mehr zu sagen, jetzt sind wir dran!“. Im Vergleich zur Tatsache, dass 1989 jemand mit weißer Farbe auf die Fahrbahn der Fontanestraße schrieb, ...man solle die SED-Kader am nächsten Mast aufknüpfen..., waren diese verbalen Attacken fast harmlos.

Jetzt hatte ich als Abgeordneter auch öfter mal was im Rathaus zu tun.

Meine erste Begegnung der gemütlichen Art, war eine Verwaltungsangestellte, die mit roten Pantoffeln (incl. weißer Bommeln) über den gebohnerten Fußboden des Rathauses spazierte – für mich die Reinkarnation der sozialistischen Verwaltungsgemütlichkeit. Mein Anfangsverdacht, ich müsse in Zukunft auch meine Pantoffeln mitbringen, zerschlug sich aber.

Überhaupt war man anfangs damit beschäftigt den „Filz“ in den Rathäusern aufzudecken und aufzureißen. Verdächtige Verwaltungstätigkeiten wie z.B. die Vergabe von kommunalem Wohnraum wurden durch eine frische demokratische Kommission ersetzt, die aber den alten Problemen des teilweise verrotteten Wohnraumbestandes genauso hilflos gegenüberstand. Ich war Mitglied in dieser Kommission und hatte u.a. die Aufgabe, gemeinsam mit Herrn Dobslaff † (SPD) Wohnungen und Lebensumstände zu besichtigen um danach eine Entscheidung zu treffen, wer am dringlichsten eine neue Wohnung braucht. Wir gaben uns redlich Mühe, aber es war wie Sisyphus am Rathausberg.

In der Gemeindeverwaltung gab es neue Dezernenten aus dem Personalfonds der führenden Parteien, die das Rathaus rockten. So richtig sollte aber kein gemeinsamer Rhythmus entstehen. Das lag sicherlich auch daran, dass einige ihre neu gewebten Nadelfilzrollen mitbrachten und damit den alten Filz abdeckten.

Aufgetretene Unregelmäßigkeiten bei Auftragsvergaben in Millionenhöhe sprachen für sich. Während dieser Zeit hatte ich immer den Eindruck, dass wir uns hauptsächlich mit personel-

lem Hickhack und weniger mit dem Gemeinwohl beschäftigen mussten.

Trotzdem wurde eifrig an Großprojekten gearbeitet.

Abwasserentsorgung, Gewerbestättengebiet, sozialer Wohnungsbau, Straßenbau und Schulreform waren Themen wie überall in Ostdeutschland.

Ich bin froh, dass sich die Bilderstürmerei für damalige Verhältnisse in Neuenhagen in Grenzen hielt.
So wurden nur wenige, unbedeutende Straßen und Plätze umbenannt, das Kulturhaus mutierte zum Bürgerhaus und am „Platz der Republik“ versagten dann endgültig die abenteuerlichen Argumentationsketten selbsternannter Namens-Reformer. Die Kulturrevolution fiel also fast aus.

Unter dem Motto „Preußen covern das Oktoberfest“ ging Neuenhagen mit gutem Beispiel voran und etablierte eine schöne bayrische Tradition, und mit dem Verkauf der EDDA-Lichtspiele ging eine alte Tradition verloren.

Im Hier und Jetzt angekommen bin ich froh, dass ich bis heute keinen Schaden verursacht bzw. genommen habe.

*Joachim Werner*

## Warum eine Wache nichts mit Sicherheit zu tun hat

Im Sommer wurde es bekannt: Die Wache der Polizei in Neuenhagen soll geschlossen werden. Das Innenministerium plant radikal zu sparen und bis 2020 zusätzlich 1600 Dienststellen nicht mehr neu zu besetzen. Dieses Vorhaben der Rot-Roten Landesregierung stößt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf Unverständnis. Viele fürchten um ihre Sicherheit, die Polizei könnte nicht mehr rechtzeitig zu einem Einsatzort kommen, die Nähe zu den Menschen könne nicht aufrechterhalten bleiben, der abschreckende Charakter der Wache könnte verloren gehen. Warum dies bei näherem Hinsehen nicht stimmt und es sogar gute Argumente für die Polizeireform gibt, möchte ich gerne darbieten.

Zunächst möchte ich sagen, dass das Land nicht kürzen will – es muss. Im Verlauf der nächsten Jahre werden dem Landeshaushalt zwei Milliarden € fehlen. Das ist jeder fünfte Euro! Sowohl Zuführungen aus dem Solidarpakt als auch EU-Fördermittel, sowie geringer werdende Steuereinnahmen werden massive Auswirkungen auf die Ausgaben des Landes haben. Rot-Rot hat sich schnell darauf geeinigt, dass dies nicht bedeuten kann, das Land fortan kaputt zu kürzen. Viel mehr noch soll es gerade im Bereich Bildung und Soziales Verbesserungen und Mehrausgaben geben. So hat Rot-Rot das tilgungsfreie Schüler-Bafög eingeführt, also bis zu 100€ im Monat für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, welche aus einkommensschwachen Familien kommen und auch die Universitäten bleiben von Kürzungen verschont, Studiengebühren werden nicht eingeführt. Damit Bildung eben nicht vom Geld der Eltern abhängt. Rot-Rot hat weiterhin einen öffentlichen Beschäftigungssektor eingeführt und finanziert somit nicht weiter Arbeitslosigkeit sondern zukünftig Arbeit. Auch wurden die Musikschulen besser ausgestattet und die Anzahl der Kitaerzieherinnen und –erzieher erhöht. Letzteres fällt dadurch besonders auf, weil dies keine vom Land verordnete und von den Kommunen zu bezahlende Maßnahme ist, sondern einzig auch vom Land getragen wird. Generell kann man festhalten, das bei allen Einsparungen in den nächsten Jahren die Zuführungen an die Kommunen unangetastet bleiben. Zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland werden also nicht finanzielle Ausfälle, die die Bundesebene beschließt, weitergereicht bis ganz unten zu den Kommunen, sondern vom Land aufgefangen.

All diese Maßnahmen wären natürlich nicht möglich, wenn das Land nicht auch sparen würde, dessen muss man sich immer bewusst sein. So sollen vor allem Ausgaben in der Infrastruktur zurückgefahren werden. Die Investitionen in die Zukunft heißen für Rot-Rot Bildung und Soziales anstatt Asphalt und Beton. Aber auch die Polizei soll Einiges an Kürzungen erfahren, so auch Neuenhagen durch Schließung der Wache. Doch warum behaupte ich nun, dass das keine Auswirkung auf Neuenhagens Sicherheit hat?

Nach der Reform wird die Wache in Strausberg, wie jetzt schon auch schon in vielen Angelegenheiten, für Neuenhagen und Umgebung verantwortlich sein, also mit dem Auto weniger als eine halbe Stunde. Bereits heute gibt es Beispiele, dass bei Anrufen der Polizei es 45 Minuten oder länger gedauert hat, bis von der Wache in der Berliner Str. Einsatzkräfte vor Ort in Neuenhagen waren. Der Bahnhof kann ohne private Sicherheitskräfte nicht bewacht werden. Das Problem liegt nicht am Standort der Wache, sondern an deren Besetzung und der Aufgabenlast. So ist es nur zu begrüßen, dass jeder der 549 Wachpolizistinnen und –polizisten in Brandenburg gehalten wird. Abbau soll es vor allem im Führungsbereich geben, aber nicht bei den Beamtinnen und Beamten mit Kontakt zur Bevölkerung.

Auch macht eine Wache nicht sicherer. Die Zeiten präventiver Maßnahmen sind schon lange vorbei. In der Bundesrepublik gibt es fast ausschließlich nur noch Strafverfolgung, niemand lässt sich durch eine Wache am Rande der Gemeinde abschrecken. Vielmehr sollten sich also Bürgermeister und Gemeinde um eine dauerhafte Streife entlang der S5 einsetzen, anstatt Personal in der Berliner Str. zu halten. Denn diese sollen nach Plänen des Innenministeriums massive technische Aufrüstung erfahren und somit schneller am Einsatzort eintreffen.

Neben der Tatsache also, dass eine Wache keinesfalls eine Region sicherer macht, sondern vielmehr technische Ausstattung und Anzahl der Kontaktpolizistinnen und –polizisten, wären die Alternativen wesentlich verheerender. Denn Einsparungen weder bei Bildung noch Sozialem können im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs sein. Aber vor allem wäre die Entrüstung noch größer, wenn das Land statt die Polizei zu reformieren, jeden fünften Euro aus Neuenhagens Haushalt kürzen würde.

*Sven Kindervater*

## Umgestaltung der Ernst-Thälmann-Straße soll mit Bürgerbeteiligung vorbereitet werden

### Aktueller Stand der Planung

Die Ernst-Thälmann-Straße soll in den kommenden Jahren nun endlich ausgebaut werden. Schließlich ist Neuenhagen nun Mittelzentrum und sollte diese Funktion auch mit einer attraktiven Einkaufsstraße ausüben können.

Aus einem Ideenwettbewerb zur Gestaltung sind nun 2 Varianten in die engere Auswahl gerückt. Beide Varianten gehen davon aus, dass eine völlige Neuaufteilung der Verkehrsflächen stattfinden soll, d. h. Gehwege, Parkflächen, Baumallee und Fahrbahn neu angelegt werden. Das hat den Vorteil, dass alle Verkehrsflächen in einer Ebene angeordnet werden können und somit Fuß-, Rad- und Kraftverkehr gleichberechtigt unter gegenseitiger Rücksichtnahme ablaufen. „30 km/h“ sind Voraussetzung hierfür. Die bestehenden Alleebäume, die zu 80% krank und überaltert sind, werden gefällt und mit bereits ziemlich großen Hochstämmen ersetzt. In den Gehweg wird eine Reihe roter Klinkerziegel verlegt, die die „Mittelachse“ Neuenhagens vom Rathaus bis zum Bahnhof (und später weiter bis zum neuen ziegelroten Bürgerhaus) markieren soll. Die Variante A geht von einer beidseitigen Längsaufstellung der parkenden Pkws aus und die Variante B von einer 90 Grad-Aufstellung parkender Fahrzeuge nur auf der